



Nr. 26

23. Juli 2015

Inhalt

[Russ: Tarifeinheitengesetz schrammt an der Wirklichkeit vorbei+++](#)
[Betreuungsgeld-Urteil: dbb bundesfrauenvertretung mahnt rasche Klärung an+++](#)
[dbb jugend diskutierte beim Bürgerdialog der Bundesregierung: Bildung, Familie und Sicherheit im Fokus+++](#)
[Bundesfinanzminister kündigt Ausbildungsinitiative in der Zollverwaltung an+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BW stellt Wahl-Forderungen vor – Kritik an grün-roter Landesregierung+++](#)
[Initiative des dbb rheinland-pfalz erfolgreich: Karriereportal des Landes jetzt online+++](#)
[BBB: Bayern ist Spitze bei der Besoldung+++](#)
[NBB zum Landeshaushalt 2016: Nicht zukunftsfest+++](#)
[Schwitzer bekräftigt Ablehnung von Pflegekammer+++](#)
[dbb m-v: Mehr Transparenz bei Pensionsfonds erforderlich+++](#)
[„Maulkorberlass“ für Beschäftigte aufgehoben +++](#)
[DPVKOM: Angebot der Deutschen Post unzureichend+++](#)
[Philologenverband fordert mehr Einsatz für vergleichbares Abitur+++](#)
[BDF warnt: Bundeskartellamt zerschlägt Forstverwaltung+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Russ: Tarifeinheitsgesetz schrammt an der Wirklichkeit vorbei

(dbb) Mit deutlichen Worten hat der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Willi Russ, erneut das vor einigen Tagen in Kraft getretene Tarifeinheitsgesetz kritisiert. „Noch selten ist ein Gesetz so an der Wirklichkeit vorbeigeschrammt wie dieses“, sagte Russ auf dem 21. Pressefest des Beamtenbundes Baden-Württemberg (BBW) am 16. Juli 2015 in Stuttgart. Das Gesetz, so der dbb Vize weiter, sei „feige im Ansatz, handwerklich schlampig in der Ausführung und überflüssig wie ein Kropf“. Russ' Fazit: Das vor Tarifeinheitsgesetz sei „das überflüssigste Gesetz dieser Legislaturperiode“.

Die Politik glaube wohl selbst nicht allzu sehr daran, dass das umstrittene Gesetz unter den strengen Augen der Karlsruher Verfassungsrichter Bestand haben werde, fügte Russ hinzu. „Deshalb hat sie schon jetzt einen Antrag im Bundesrat über das Land Bayern eingebracht, der Streiks im Bereich der Daseinsvorsorge in Zukunft drastisch regulieren soll. Zwangsschlichtung soll demnach die Lösung

aller Probleme sein. Diesen Versuch, jetzt noch einmal nachzulegen, lehnen wir kategorisch ab. Wer Streiks in der Daseinsvorsorge nicht will, hätte nicht im großen Stil privatisieren dürfen – siehe Post, Bahn, Telekom“, so Russ. „Der Garant für einen streikarmen öffentlichen Dienst ist ausschließlich in der Verbeamtung in den entsprechenden Sektoren zu suchen.“ (01/26/15)

Betreuungsgeld-Urteil: dbb bundesfrauenvertretung mahnt rasche Klärung an

(dbb) Das Bundesverfassungsgericht hat am 21. Juli 2015 sein mit Spannung erwartetes Urteil zum Betreuungsgeld verkündet. Es hat festgestellt, dass der Bund nicht die Gesetzgebungskompetenz besaß, um das Betreuungsgeld bundesweit einzuführen. Damit sind die Paragraphen des Bundeselterngeldgesetzes, die den Anspruch auf das Betreuungsgeld begründen, nichtig.

Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, verwies darauf, dass das Gericht aber nicht über Sinn und Zweck das Betreuungsgeldes entschieden habe, sondern nur darüber, ob der Bund überhaupt dieses Gesetz einführen durfte. „Für Eltern, die jetzt gerade ihre Kleinkinder zu Hause betreuen, stellt sich nun die Frage, wie es weitergeht.“ Wildfeuer forderte eine schnelle Klarstellung, damit betroffene Eltern wieder Planungssicherheit haben.

Die dbb bundesfrauenvertretung stand der Einführung des Betreuungsgeldes auch aus

inhaltlichen Gründen kritisch gegenüber. „Uns geht es um eine echte Wahlfreiheit für junge Familien. Sie sollen selbst entscheiden, ob sie ihre Kinder zu Hause behalten oder in der Kita betreuen lassen. Dazu hat das Betreuungsgeld nichts beigetragen, denn dazu braucht es für die Eltern bezahlbare, gut ausgestattete Kindertagesstätten mit qualifizierten Erzieherinnen und Erziehern. Erst wenn diese im ganzen Bundesgebiet verfügbar sind, kann von echter Wahlfreiheit überhaupt die Rede sein“, so Wildfeuer. (02/26/15)

dbb jugend diskutierte beim Bürgerdialog der Bundesregierung: Bildung, Familie und Sicherheit im Fokus

(dbb) „Wir werden es sein, die unser Land in den kommenden Jahrzehnten maßgeblich mitgestalten. Wir werden dann aber auch die Verantwortung für alles Gute und für alles Schlechte tragen müssen. Unserer Generation stehen so viele verschiedene Möglichkeiten der Lebensgestaltung offen, wie niemals vorher. Deshalb sollten wir Antworten auf die Frage, was ´gut leben` für die Gesellschaft bedeutet, nicht dem Zufall überlassen.“ Mit diesen Worten eröffnete dbb jugend-Chefin Sandra Kothe am 18. Juli 2015 im dbb forum berlin den dritten vom dbb in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung veranstalteten

Bürgerdialog. Der Einladung zur Diskussion, was für sie „Gut leben in Deutschland“ bedeutet, waren etwa 20 Jugendvertreterinnen und –vertreter aus dbb Mitgliedsgewerkschaften gefolgt.

„Klar ist auf jeden Fall, dass für viele von uns das Leben nicht mehr so gradlinig verläuft, wie es früher noch normal war“, ergänzte Sandra Kothe mit Blick auf die auch im öffentlichen Dienst inzwischen verbreiteten schlechten Übernahmechancen nach absolvierter Ausbildung sowie die häufig nur befristeten Arbeitsverhältnisse, die jungen Berufseinsteigern die Karriere- und Lebensplanung nicht unbedingt leichter machen.

Im Verlauf der lebhaft geführten Diskussion, was der jüngeren Generation - als Einzelperson und im gesamtdeutschen Zusammenhang betrachtet - wichtig ist, rückten die von der dbb jugend-Chefin angesprochenen Widrigkeiten beim beruflichen Fortkommen zunehmend in den Hintergrund. Im Fokus des Wertekanons standen die Leitthemen Bildung, Familie und Sicherheit gefolgt von Freiheit, Umwelt und Freizeit.

Der Bürgerdialog mit der dbb jugend „Gut leben in Deutschland – Was uns wichtig ist“ war die letzte von drei dbb Veranstaltungen, auf denen der gewerkschaftliche Dachverband der Bundesregierung ein Forum eröffnete, mit Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ins Gespräch zu kommen. Im Mai hatten sich in Potsdam Frauenvertreterinnen des dbb zur Sache geäußert, im Juni 2015 in Leipzig Teilnehmer des von der dbb akademie organisierten Kongresses Neue Verwaltung. Die Veranstaltungen sind Teil einer Reihe von rund 100 Diskussionsforen mit Verbänden und Akteuren der Zivilgesellschaft, die bis zum Spätsommer beendet sein wird. Erste Ergebnisse dieser etwas anderen Bürgerbefragung wird die Bundesregierung im Laufe des kommenden Jahres vorstellen.

Weitere Informationen: www.gut-leben-in-deutschland.de
(03/26/15)

Bundesfinanzminister kündigt Ausbildungsoffensive in der Zollverwaltung an

(dbb) Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble will die zu erwartenden Überschüsse im Bundeshaushalt für wichtige Zukunftsinvestitionen nutzen. Das hat er im Interview des „dbb magazin“ (Ausgabe Juli/August 2015) angekündigt.

Dies betreffe die öffentliche und digitale Infrastruktur ebenso wie die Energieeffizienz, den Klimaschutz und den Städtebau. Auch die Steuerzahler würden durch die Anhebung des Grundfreibetrags, den Abbau der kalten Progression und durch die Anhebung familienpolitischer Leistungen entlastet, sagte Schäuble. Finanzschwache Kommunen würden mit fünf Milliarden Euro unterstützt.

Um die in den vergangenen Jahren deutlich angewachsene Arbeit der Zollverwaltung auch künftig gewährleisten zu können, will der Finanzminister zudem die Attraktivität der Zollverwaltung als Arbeitgeber für junge Menschen

steigern. „Die Ausbildungskapazitäten werden jetzt um gut ein Drittel auf jährlich 800 Ausbildungsplätze im mittleren und 440 im gehobenen Dienst erhöht“, erklärte Schäuble. Es werde über den Eigenbedarf hinaus eingestellt und für die künftige Generalzolldirektion und die Zollfahndungsämter ausgebildet. Bewerbungen würden künftig ganzjährig angenommen und im nächsten Auswahlverfahren berücksichtigt. Sämtliche Hauptzollämter in der Republik sollen im nächsten Jahr zu Einstellungs- und Ausbildungsbehörden werden, kündigte Schäuble an.

(04/26/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBW stellt Wahl-Forderungen vor – Kritik an grün-roter Landesregierung

(dbb) Der Beamtenbund Baden-Württemberg (BBW) ist mit der grün-roten Landesregierung noch einmal ins Gericht gegangen. „Wir wollen Dialog und wechselseitige Wertschätzung“, forderte der Landesvorsitzende des BBW und dbb Vize Volker Stich am 20. Juli 2015 in Stuttgart bei der Vorstellung des BBW-Forderungskatalogs zur Landtagswahl 2016.

Der Umgang der Landesregierung mit dem BBW sei autokratisch, so Stich. Zudem sei es ein Ärgernis, dass bei den beiden letzten Besoldungsrunden die Tarifiergebnisse nicht komplett auf die Beamten übertragen wurden.

Eine Empfehlung für die Landtagswahl im März 2016 wolle der BBW dennoch nicht geben. Stich erinnerte aber daran, dass 35 Prozent der Beamten bei der Wahl 2011 für die Grünen gestimmt hätten, 24 Prozent für die SPD. „Das wird sich wohl nicht wiederholen“, zeigte sich Stich überzeugt. Er kündigte zugleich an, nach der Wahl am 13. März 2016 nach vorne und nicht zurück zu schauen - unabhängig davon, wer in der kommenden Legislatur das Land regieren werde.

Wertschätzung und Anerkennung für die Arbeit im öffentlichen Dienst sowie die Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung bei der Anpassung von Vergütung, Besoldung und Versorgung stehen ganz oben auf dem Forderungskatalog des BBW, machte Stich deutlich. Genauso wichtig sei, dass die Gehälter von jungen Beamtinnen und Beamten stimmen, die Alimentation lebenslang gesichert ist, Tarifbeschäftigte leistungsgerecht bezahlt werden, die Voraussetzungen für eine optimale Erziehung, Bildung und Ausbildung in der Schule gewährleistet sind und Privatisierungen im Bereich der Justiz der Vergangenheit angehören.
(05/26/15)

Initiative des dbb rheinland-pfalz erfolgreich: Karriereportal des Landes jetzt online

(dbb) Das Karriereportal Rheinland-Pfalz geht an den Start. Es ermöglicht dem Nachwuchs für den öffentlichen Landesdienst online das „Informieren und Bewerben mit System“. „Schön, dass es trotz eingeschränkter Budgets geklappt hat“, sagte die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz zur Freischaltung des Portals, das die Gewerkschaft 2010 zur Verbesserung der Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst vorgeschlagen hatte.

Die rund 100 unterschiedlichen Berufsbilder im Dienst des Landes Rheinland-Pfalz werden übersichtlich vorgestellt. Eine Stellenbörse mit offenen Ausschreibungen aus den verschiedenen Verwaltungssparten ermöglicht direkte Online-Bewerbungen. Ergänzt wird das Angebot durch zahlreiche Informationen über die dienstlichen Rahmenbedingungen. Praktikums- und Hospitationsmöglichkeiten werden dargestellt. Die Nutzer finden im Netz unter www.karriere.rlp.de Bewerbungstipps und informative Links – alles in zeitgemäßer, auch für die Nutzung mit Smartphone geeigneter elektronischer Darstellung.

„Das Karriereportal fasst die bisher verstreut im Internet nutzbaren Stellenbörsen des öffentlichen Landesdienstes zusammen. Es wird ein einheitlicher, benutzerfreundlicher Zugang etabliert“, sagte Lenz. Der Eintritt in die Welt des öffentlichen Dienstes werde für junge Leute wesentlich vereinfacht. „Das ist auch nötig, denn gut qualifizierter Nachwuchs ist angesichts der demografischen Entwicklung besonders wichtig für die Sicherung eines leistungsfähigen, zukunftsfesten öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz“, so Lilli Lenz.
(06/26/15)

BBB: Bayern ist Spitze bei der Besoldung

(dbb) „Damit setzt Bayern bundesweit Maßstäbe.“ Das stellte Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), zu dem am 16. Juli 2015 vom Bayerischen Landtag verabschiedeten Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldung bayerischer Beamter und Versorgungsempfänger fest. Die einstimmige Zustimmung aller Fraktionen wertete Habermann „als Anerkennung unserer Arbeit“.

Mit dem Gesetz kommt es zu einer Eins-zu-Eins-Übernahme des Tarifiergebnisses, das am 28. März für die Arbeitnehmer des Landes (TV-L) gefunden wurde, auf die verbeamteten Beschäftigten in Bayern.

Im Einzelnen bedeutet dies eine Erhöhung der Bezüge ab 1. März 2015 um 2,1 Prozent und ab dem 1. März 2016 um 2,3 Prozent (mindestens

75 Euro). Die Anwärterbezüge erhöhen sich um jeweils 30 Euro. Auch Stellenzulagen, Erschwerniszulagen und Ballungsraumzulage werden ab sofort im Rahmen des Bezügeanpassungsgesetzes dynamisiert. Das war seit langem eine Forderung des BBB. Habermann: „Ausdauer zahlt sich aus.“ (07/26/15)

NBB zum Landeshaushalt 2016: Nicht zukunftsfest

(dbb) Der Niedersächsische Beamtenbund (NBB) hält den Landeshaushalt 2016 für nicht zukunftsfest. Die Probleme der Beschäftigten in der Landesverwaltung „werden höchstens gestreift“, erklärte der NBB-Landesvorsitzende Friedhelm Schäfer nach der Vorstellung der Ergebnisse der Kabinettsklausur zum niedersächsischen Landeshaushalt am 21. Juli 2015.

„Wir teilen die Bewertung der Landesregierung nicht, dass mit diesen Ergebnissen wichtige Weichen für die Zukunft des Landes gestellt werden“, machte Schäfer klar. „Im Bereich der Landesverwaltung werden immer noch nicht die zwingend notwendigen Schritte eingeleitet, um absehbare Personalschwierigkeiten und deren Folgen abzumildern“, so der NBB-Landesvorsitzende unter Hinweis auf die große Zahl von Altersabgängen. Die vorgesehenen Einstellungszahlen reichten dazu nicht aus. Es

werde auch kein Schritt zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes für Bewerber eingeleitet, etwa durch einen Einstieg in den Abbau des vorhandenen Besoldungsrückstandes.

Schäfers Fazit: Die Hoffnung, dass sich die Landesregierung endlich ihrer Verpflichtung stellt, die Landesverwaltung zukunftsfest aufzustellen, habe sich nicht erfüllt. (08/26/15)

Schwitzer bekräftigt Ablehnung von Pflegekammer

(dbb) Der dbb schleswig-holstein bleibt auch nach der Zustimmung durch den Landtag bei seiner Ablehnung der zwangsweisen Einführung einer Pflegekammer. Anders als in den meisten Kammern, die auch Arbeitgeber organisieren, ist in der Pflegekammer die Zwangsmitgliedschaft für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorgesehen.

Die Landesvorsitzende des dbb schleswig-holstein Anke Schwitzer hatte die Ablehnung mehrfach - zuletzt in der Anhörung des Sozialausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages – unter anderem damit begründet, dass für die Beschäftigten, deren Gehälter sich ohnehin nicht in höheren Regionen bewegen,

zusätzliche Kosten entstehen, die erst einmal verschmerzt werden müssten.

„Während der öffentliche Dienst alle Hebel in Bewegung setzt, die Attraktivität für Nachwuchskräfte zu steigern, wird über derartige Reglementierungen und Gehaltseinbußen durch Kammerbeiträge die Attraktivität dieses

gesellschaftlich hoch wichtigen Berufsbildes einmal mehr geschmäler. Ein solcher Schuss wird gewaltig nach hinten losgehen, denn der Fachkräftemangel ist nicht wahrscheinlich, sondern jetzt schon messbar“, erklärte Schwitzer.

„Dass die berechnete insbesondere von Gewerkschaften und Personalräten vorgetragene

Kritik am Gesetzentwurf einfach so vom Tisch gewischt wird, ist ein ganz schlechtes Zeichen für die Betroffenen“, zeigte sich Schwitzer überzeugt. Fehlende Akzeptanz schon in der Gründungsphase sei „eine denkbar ungünstige Grundlage für die Pflegekammer“. (09/26/15)

dbb m-v: Mehr Transparenz bei Pensionsfonds erforderlich

(dbb) Der dbb beamtenbund mecklenburg-vorpommern hat aufgrund der aktuellen Diskussion um Aktienanlagen des Versorgungsfonds für die Beamtinnen und Beamten des Landes seine Kritik an der Streichung des Beirates – als Aufsichtsgremium – erneuert. „Dieser Beirat, der ehrenamtlich, also kostenlos, die Anlagen des Fonds in regelmäßigen Abständen überprüfen sollte, ist leider seinerzeit der Deregulierung zum Opfer gefallen“, stellte dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht am 16. Juli 2015 fest. Anderenfalls wäre es, so Knecht weiter, zu den jetzt erhobenen Vorwürfen, es sei in „dreckige Wertpapiere“ investiert worden, „sicher gar nicht erst gekommen“.

Laut Antwort auf eine kleine Anfrage der Grünen im Landtag sollen Teile des momentan 155 Millionen Euro umfassenden Versorgungsfonds in Geldanlagen von Konzernen mit zweifelhaftem Ruf investiert worden sein.

„Hier ist dringend mehr Transparenz erforderlich“, sagte Knecht. Unter der Beamtenschaft

herrsche zu Recht Unruhe, da in den Fonds nicht nur Landesmittel fließen. „Jeder Betroffene zahlt zusätzlich einen Eigenanteil in Höhe von 0,2 Prozent bei jeder Besoldungserhöhung in den Fonds ein – es geht also auch um das eigene Portemonnaie“, so Knecht. (10/26/15)

„Maulkorberlass“ für Beschäftigte aufgehoben

(dbb) Der dbb brandenburg hat begrüßt, dass das Landesministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft das als „Maulkorberlass“ bezeichnete Schreiben zurückgenommen hat. Der Landesvorsitzende des dbb brandenburg Ralf Roggenbuck erklärte am 15. Juli 2015: „Ich freue mich, dass die Hausleitung des Ministeriums so schnell nach unserem gemeinsamen Gespräch mit den betroffenen Vertretern des Bundes Deutscher Forstleute reagiert hat.“ Er gehe davon aus, dass Minister Jörg Vogelsänger durch diese „schnelle und konsequente Entscheidung“ verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen könne.

Erfreut zeigte sich auch der Bund Deutscher Forstleute (BDF). Mit der Rücknahme sei das Ministerium dem Rechtsgutachten des dbb beamtenbund und tarifunion gefolgt und habe eine wichtige Forderung des BDF erfüllt. In der als „Maulkorberlass“ bezeichneten Verfügung hatte das Ministerium gefordert, dass Beschäftigte des Landesbetriebes Forst auch in

ihrer Freizeit und im Ehrenamt stets die Meinung des Ministeriums vertreten müssten. Das Gutachten des dbb bescheinigte dem Erlass das Fehlen der Rechts- und Verhältnismäßigkeit und in mehreren Punkten einen Verstoß gegen das Grundgesetz. (11/26/15)

Eigenthaler: Aufbau funktionierender Steuerverwaltung in Griechenland dauert ein Jahrzehnt

(dbb) Thomas Eigenthaler, Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize, rechnet damit, dass Griechenland rund zehn Jahre für den Aufbau einer funktionierenden Steuerverwaltung braucht – vorausgesetzt, es werde morgen damit begonnen. Das sagte Eigenthaler am 20. Juli 2015 in einem Gespräch mit Deutschlandradio Kultur.

Um Steuern einzunehmen, brauche man nicht nur die entsprechenden Gesetze, sondern auch eine effektive Verwaltung, sagte Eigenthaler weiter. Daran fehle es aber in Griechenland „in einem ungewöhnlich hohen Ausmaß“. Es gebe in Griechenland viel Steuerhinterziehung und Privilegien, sagte Eigenthaler. Was aber einen gestandenen Finanzbeamten am meisten ärgere sei, dass nicht einmal festgesetzte Steuern eingetrieben würden. Derzeit würden offenbar 80 Milliarden Euro nicht vollstreckt, obwohl die Bescheide rausgegangen seien.

In den Stuben der griechischen Finanzbeamten mangle es an allem, so der DSTG-Vorsitzende: „Griechische Steuerbeamte brauchen Internet, E-Mail-Anschluss, Computer und eine Betriebsprüfungssoftware.“ Griechische Finanzbeamte berichteten zudem, dass ihnen über Jahre jeder politischer Rückhalt gefehlt habe: „Mir wird immer wieder geschildert, dass man gerne möchte, aber man wird nicht gelassen.“

(12/26/15)

DPVKOM: Angebot der Deutschen Post unzureichend

(dbb) „Das von der Deutschen Post unterbreitete Angebot ist unzureichend.“ Das stellte der Bundesvorsitzende der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), Volker Geyer, nach der zweiten Runde der Tarifverhandlungen mit der Deutschen Post am 16. Juli 2015 in Bonn fest.

„Es enthält unter anderem keine Vorschläge, wie die Arbeitsüberlastung im Bereich der Zustellung gestoppt werden kann. Hier muss die Deutsche Post noch einmal nachbessern“, forderte Geyer. Die Streiks der DPVKOM bleiben bis auf Weiteres unterbrochen.

Die Deutsche Post hatte in der Verhandlungsrunde nur ein Angebot vorgelegt, das dem am 5. Juli erzielten Tarifergebnis entspricht. In diesem Angebot greift die Deutsche Post in

keiner Weise den von der DPVKOM geforderten Überlastungsschutz für die rund 85.000 Brief- und Verbundzusteller der Deutschen Post auf. Einen Schutz vor Arbeitsüberlastung will die DPVKOM unter anderem durch Zeitzuschläge für ältere Beschäftigte und durch ein Mitspracherecht der DPVKOM und der Betriebsräte bei der Festlegung der Bemessungswerte erreichen.

(13/26/15)

Philologenverband fordert mehr Einsatz für vergleichbares Abitur

(dbb) Der Deutsche Philologenverband (DPHV) hat die Kultusminister zu größeren Anstrengungen aufgefordert, um das Abitur unter den Ländern vergleichbar zu machen. Die bisherigen Beschlüsse seien ohne Bedeutung und „der klassische Fall eines Papiertigers“, sagte der DPHV-Vorsitzende Heinz Peter Meidinger der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 18. Juli 2015). So feierten es die Kultusminister als großen Erfolg, dass es ab 2017 einen gemeinsamen Aufgabenpool für Abiturienten geben solle. Sie verschwiegen aber, dass die Umsetzung jedem Bundesland selbst überlassen bleibe.

Meidinger beklagte eine „Gerechtigkeitslücke“, wenn in Thüringen fast 38 Prozent eines Abi-

turjahrgangs Bestnoten bekämen, in Niedersachsen aber nur rund 16 Prozent. Sehr be-

denklich sei ferner, dass in Nordrhein-Westfalen und in Berlin der Notendurchschnitt 1,0 heute viermal beziehungsweise vierzehnmal höher liege als noch vor zehn Jahren. „Abiturienten wird durch immer bessere Noten suggeriert, dass ihnen alle Wege offen stehen. Das ist nicht so, wie die steigenden Studienabbruchquoten zeigen“, sagte Meidinger. Zudem plädierte Meidinger für einen massiven Ausbau der Begabtenförderung und kritisierte, dass bei nur acht Gymnasialjahren immer we-

niger Schüler an internationalen Austauschprogrammen oder längeren Auslandsaufenthalten teilnehmen können: „Nur wenn wir die staatlichen Schulen so ausstatten, dass alle unabhängig vom Geldbeutel attraktive Zusatzangebote wahrnehmen können wie z.B. Fremdsprachenwahlkurse, Pluskurse zur Begabtenförderung, Intensivierungsstunden, können wir mehr Bildungsgerechtigkeit verwirklichen.“ (14/26/15)

BDF warnt: Bundeskartellamt zerschlägt Forstverwaltung

(dbb) Das Bundeskartellamt (BKartA) torpediert mit einer aktuellen Unterlassungsverfügung die nachhaltige und verantwortungsvolle Waldwirtschaft. Diesen Vorwurf erhob der Bund Deutscher Forstleute (BDF) und kritisierte, dass die Sichtweise der Wettbewerbshüter einseitig wirtschaftlich ausgerichtet ist und die Gemeinwohlleistungen der Forstwirtschaft negiert. Der BDF forderte den Bund am 16. Juli 2015 auf, nun schnell zu handeln und durch eine Änderung des Bundeswaldgesetzes die Errungenschaften der modernen deutschen Forstwirtschaft zu schützen.

Hintergrund: Dem Land Baden-Württemberg war am 15. Juli die Untersagungsverfügung des BKartA zum Rundholzverkauf und der Erbringung forstlicher Tätigkeiten im Kommunal- und Privatwald zugestellt worden. Die Umsetzung der Forderungen, so der BDF, würde zu einer massiven Gefährdung der Gemeinwohlfunktionen des Waldes führen und die vollständige Zerschlagung der Forststruktur in dem Bundesland zur Folge haben. Die kurzen Fristen zur erzwungenen vollständigen Umstellung der Organisation von Holzverkauf, Beratung, Betreuung, Planung oder Revierdienst

machten deutlich, dass es um eine rein wirtschaftliche Betrachtung des Waldes gehe. Das Bundeskartellamt stelle in seiner Verfügung erneut unter Beweis, „dass es von einer umfassenden nachhaltigen Forstwirtschaft mit wesentlichen Anteilen von Gemeinwohlfunktionen keine Ahnung hat“, so Hans Jacobs, Bundesvorsitzender des BDF. Welche Bedeutung der Wald für die Gesellschaft hat, welche Effekte gerade im ländlichen Raum auch die staatlichen Strukturen haben, werde außer Acht gelassen. (15/26/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) Im Nachgang zu den Verhandlungen im Mai 2015 war es dem **dbb** möglich, die Regelungen zur Anerkennung von externen Vorbeschäftigungszeiten im TV-BA (Tarifvertrag für die Bundesagentur für Arbeit) anzupassen. Künftig wird es keinen Unterschied mehr machen, ob einschlägige Berufserfahrung innerhalb der Bundesagentur oder außerhalb erworben wurde, teilte der dbb am 15. Juli 2015 mit. Notwendig machte dies die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs. Der Grundsatz der Freizügigkeit verbietet es, einschlägige Berufserfahrung danach zu differenzieren, ob sie intern oder extern erworben wurde. Der erste Entwurf zur Änderung des TV-BA sah zwar ein Ende der Differenzierung vor, legte aber hohe Anforderungen an die

Einschlägigkeit der Berufserfahrung. Nach dem verbesserten Entwurf ist maßgeblich, ob die früheren Tätigkeiten nach ihrem Inhalt und ihrem Anforderungsniveau mit den Anforderungen der erstmalig übertragenen Tätigkeit bei der BA vergleichbar sind. Diese Änderung soll zum 1. September 2015 in Kraft treten und bedeutet unter Umständen Höherstufungen und Nachzahlungen.

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (**GDL**) spendet das Honorar für die Schlichtung mit der Deutschen Bahn an den Thomas-Müntzer-Kaliverein und an den Blinden- und Sehbehindertenverband Eichsfeld. Das hat die Gewerkschaft mit Bodo Ramelow vereinbart, der als amtierender Ministerpräsident kein

Honorar für die Schlichtung annehmen konnte, weil er diese ehrenamtlich durchgeführt hat. Ramelow habe maßgeblich zum erfolgreichen Tarifabschluss der GDL bei der Deutschen Bahn beigetragen, erklärte die Gewerkschaft am 23. Juli 2015. 20.000 Euro für ehrenamtliches Engagement und Traditionsbewahrung gehen an den Thomas-Müntzer-Kaliverein Bischofferode e.V., denn durch sein Engagement „lebt“ das Kalibergwerk weiter, das 1993 trotz lang anhaltender Proteste der betroffenen Kumpel, trotz Hungerstreiks und zahlreicher

Solidaritätskundgebungen geschlossen worden war. Die Vereinsmitglieder haben ausschließlich im Ehrenamt ein Museum errichtet, in dem authentisch der Untertageabbau gezeigt wird. 10.000 Euro werden gespendet an den Blinden- und Sehbehindertenverband Thüringen e. V., der betroffene Menschen beim Erlernen der Blindenschrift unterstützt, über gesetzliche Regelungen informiert und bei der Beantragung von Leistungen hilft.
(16/26/15)

Liebe Leserinnen und Leser,

das dbb aktuell macht eine kurze Sommerpause.

Die nächste Ausgabe erscheint am 13. August 2015.

Wir wünschen Ihnen erholsame Ferien.

Die Redaktion